



Es gilt das gesprochene Wort!

Pressekonferenz: Bündnis für Gute Pflege

Annelie Buntenbach

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Pressestatement zur Situation der Beschäftigten im Pflegebereich

Berlin, 14. Februar 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist gesellschaftlicher Konsens, dass die Menschenwürde für Pflegebedürftige garantiert sein muss.

Der Anspruch auf eine menschenwürdige Pflege wird aber schon heute häufig nicht erfüllt.

Das liegt vor allem daran, dass die Personaldecke in der Altenpflege viel zu knapp ist, die Entlohnung bescheiden ist und die Arbeitsbedingungen extrem belastend sind.

Die Situation wird sich durch die demographische Entwicklung jedoch noch deutlich verschärfen.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird – nach allen Prognosen – bis 2030 um rund eine Million ansteigen.

Dementsprechend werden auch mehr professionelle Pflegekräfte benötigt.

Wenn es nicht gelingt, die Altenpflege als Berufsfeld attraktiv umzugestalten, werden wir in Zukunft einen deutlich spürbaren Fachkräftemangel haben.

Dieses Problem lässt sich auch nicht allein durch Zuwanderung, familiäre Pflege oder romantische Vorstellungen über Pflege-WGs lösen.

Schon heute sind die meisten Familien bzw. Frauen – denn es sind zumeist Frauen – mit der Pflege der Angehörigen überfordert.

Familien brauchen gerade unter künftigen demographischen Veränderungen mehr professionelle Unterstützung.

Die Pflege ist also eine Branche mit einem hohen Beschäftigungspotential.

Nur dazu müssen die Pflegeberufe aufgewertet werden.

Neben den gesundheitlich belastenden Arbeitsbedingungen ist es vor allem die schlechte Bezahlung, die die Berufe in der Altenpflege relativ unattraktiv machen.

Die Beschäftigten in der Pflege brauchen Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, eine tarifliche Bezahlung und geregelte Arbeitsbedingungen.

Es darf auch nicht länger so sein, dass junge Menschen, die sich für die Ausbildung in der Altenpflege entscheiden, in manchen Bundesländern auch noch Schulgeld bezahlen müssen.

Leider werden mit dem Entwurf zum Pflege-Neuausrichtungsgesetz keine Schritte zur Lösung des Fachkräftemangels in der Pflege eingeleitet.

Im Gegenteil:

Nach den aktuellen Plänen forciert die Bundesregierung den Trend zur Billig-Pflege.

Minister Bahr plant, die Verpflichtung zur ortsüblichen Entlohnung für Pflegepersonal zu kippen – Nur noch der Mindestlohn (7,75 Ost / 8,75 West) wäre dann das Auffangnetz.

Das entspräche einer Abwertung der Löhne um bis zu 50 Prozent.

Wir lehnen ein solches, gesetzlich gefördertes Lohndumping in der Pflege ab.

Der im Gesetzentwurf behauptete Anspruch, einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der pflegerischen Berufe leisten zu wollen, würde sonst völlig konterkariert.

Das Bündnis GUTE PFLEGE fordert deshalb:

1. die Verbesserung der Personalbemessung und der Ausbildungsbedingungen
2. eine verlässliche und familienfreundliche Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung
3. und
4. gerechte Einkommen in der Pflege

Gute Pflege braucht Tarifverträge, die den Lohn der Beschäftigten von dem allgemeinen Preiswettbewerb der Einrichtungen trennen.

Das Bündnis für Gute Pflege wird sich dafür einsetzen, dass der Focus der Reformbemühungen nicht nur auf den Pflegebedürftigen, sondern auch auf den Beschäftigten in der Pflege bleibt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!